

DeSaFor – Newsletter Juli 2023

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

die politische Situation in Südafrika bleibt schwierig. Im Dezember 2022 wurde Präsident Ramaphosa als Vorsitzender des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC) mit einer überraschend klaren Mehrheit wiedergewählt. Die allgemeine Erwartung war, dass der Präsident, durch das Wahlergebnis gestärkt, nun notwendige politische Entscheidungen vorantreiben würde. Sechs Monate später scheint er nach wie vor zögerlich zu agieren und die Probleme scheinen eher grösser geworden zu sein.

Innenpolitisch bleibt die Elektrizitätsversorgung das beherrschende Thema. Das sogenannte Load Shedding mit vermehrten Stromabschaltungen dürfte die Menschen und die Wirtschaft in Südafrika trotz der beschwichtigenden Aussagen der Regierung auch in den nächsten Monaten erheblich belasten (siehe Artikel „Licht am Ende des Tunnels?“). Der neue mit dem Thema betraute Minister in der Presidency, Kogosientsho Ramokgopa, hinterfragt die Schwerpunktsetzung auf alternative Energien. Für die Sicherstellung der Stromversorgung sieht er keine andere Möglichkeit als eine erneute Schwerpunktsetzung auf Kohle und spricht sich für hohe weitere Investitionen in Kohlekraftwerke aus.

In der Außenpolitik irritiert Südafrika weiterhin durch seine Positionierung im Ukrainekrieg. Nachdem die Regierung sich in allen die Ukraine betreffenden Entscheidungen der Vereinten Nationen (VN) enthalten hatte, soll nach Presseinformationen Südafrika in einer klandestinen Aktion sogar Waffen an Russland geliefert haben. Dies wäre mit der von der südafrikanischen Regierung proklamierten neutralen Position nicht mehr in Einklang zu bringen. Ein klares Dementi der Regierung liegt bisher nicht vor. Bisher deutet allerdings auch nichts darauf hin, dass der Präsident von solchen Waffenlieferungen gewusst habe.

International versucht sich Südafrika zu profilieren, indem es eine führende Rolle bei afrikanischen Versuchen spielt, im Ukraine Krieg zu vermitteln. Eine Delegation afrikanischer Staatschefs unter Leitung von Cyril Ramaphosa besuchte Mitte Juni zunächst Warschau, dann Kiew und schließlich Moskau, um als ungebundene Länder den Friedensprozess zu fördern. Eine weitere Mission soll folgen. Aufsehen erregte, dass ein Flugzeug der Delegation in Warschau festgehalten wurde, weil es mehrere Kisten mit nicht deklarierten Scharfschützengewehren geladen hatte (Siehe Artikel „Neutrale afrikanische Friedensmission?“).

Vor diesem Hintergrund der schwierigen innenpolitischen Situation und dem teilweise irritierenden Verhaltens Südafrikas in seiner Außenpolitik trafen sich am 27.06.2023 zum Abschluss der Deutsch-Südafrikanischen Binationalen Kommission die beiden Außenministerinnen in Kapstadt. In diesem Zusammenhang fand auch ein ausführliches Gespräch zwischen Ministerin Annalena Baerbock und Präsident Ramaphosa statt (Siehe Artikel zu dem Afrikabesuch der Außenministerin).

Wir freuen uns, dass wir für diesen Newsletter gleich zwei Stimmen aus Südafrika gewinnen konnten. Vertreter der renommierten südafrikanischen Organisation Corruption Watch analysieren die Umsetzung der Empfehlungen der Zondo-Kommission ein Jahr nach der Veröffentlichung der Berichte und wagen eine Prognose zur weiteren Entwicklung. Außerdem können wir ein Interview mit der deutschen Generalkonsulin in Kapstadt, Tanja Wehrheit, veröffentlichen. Wir haben uns vorgenommen, auch in Zukunft regelmäßig Stimmen aus Südafrika zu Wort kommen zu lassen.

Herzlich grüßt Sie
Ihr Peter Conze



In dieser Ausgabe:

Geleitwort des Stellvertretenden Vorsitzenden Peter Conze

Tagung der 11. deutsch-binationalen Kommission in Johannesburg am 27.06.2023 von Hans-Werner-Bussmann

Accountability and Justice in South Africa's Post State Capture Era von Zanele Fengu und Karam Singh

Parteien in Südafrika von Hans-Werner Bussmann

Hoher südafrikanischer Orden für Ruth Weiss – Eine Würdigung von Hans-Werner Bussmann

Interview mit der deutschen Generalkonsulin in Kapstadt, Tanja Wehrheit von Hans-Werner Bussmann

Licht am Ende des Tunnels? von Hans-Werner Bussmann

Neutrale afrikanische Friedensmission? Von Hans-Werner Bussmann

Deutsch-Südafrikanisches Forum e.V.
www.desafor.de

Kontakt:
info@desafor.de
Adresse:
DeSaFor
c/o K. Brückner
Ringstraße 101b, 12203 Berlin

DeSaFor – Newsletter Juli 2023

Tagung der 11. Deutsch-Südafrikanischen Binationalen Kommission in Johannesburg am 27.06.2023



Außenministerin Annalena Baerbock und Präsident Cyril Ramaphosa

Im Mittelpunkt der Gespräche von Außenministerin Annalena Baerbock in Pretoria standen ihre Bemühungen, ihre südafrikanische Kollegin Naledi Pandor und Präsident Cyril Ramaphosa darin zu bestärken, dass auch bei den Vermittlungsbemühungen im Ukraine-Krieg die Verpflichtungen aus der VN-Charta Vorrang haben müssten. Das scheint ihr geglückt zu sein. Erkennbar war das beiderseitige Bemühen, auch im Rahmen der binationalen Kommission die Meinungsverschiedenheiten und Irritationen der vergangenen Jahre hinter sich zu lassen und die ohnehin bemerkenswerte enge Zusammenarbeit weiter zu vertiefen.

Binationale Kommissionen

Sie dienen der Pflege der bilateralen Beziehungen. Mit Südafrika, und wurde sie schon 1996 von Präsident Mandela und Bundeskanzler Kohl ins Leben gerufen. Sie werden in der Regel alle 2 Jahre unter Leitung der Außenminister durchgeführt; sie bündeln die praktische Zusammenarbeit, vor allem deren Finanzierung, in allen betroffenen Sektoren. Sie tagen abwechselnd in den Hauptstädten und werden von Fachkommissionen der betroffenen Ressorts vorbereitet. Die protokollierten Beschlüsse der Kommissionen sind die Arbeitsgrundlage für die zuständigen Ministerien, Behörden und Institutionen (z.B. Goethe-Institut, Fraunhofer-Gesellschaft) beider Länder.

Das soll sich vor allem in den Schwerpunktbereichen „Gerechte Transformation im Energiebereich“, Erzeugung grünen Wasserstoffs, Berufsausbildung und Aufbau einer eigenen Impfstoffproduktion in Südafrika niederschlagen.

Ausbau der Zusammenarbeit

In der Vergangenheit wurde das Protokoll von Komitees aller in die praktische bilaterale Zusammenarbeit eingebundenen Ressorts auf hoher Beamtenebene in Präsenz ausgehandelt.

Anschließend wurden sie mit den Ministern in der Schlussitzung diskutiert und sodann unterschrieben. Das förderte die persönlichen Kontakte und erleichterte Absprachen zwischen den Tagungen.

Die COVID-19-Pandemie zwang dazu, diese Vorbereitung in digitale Konferenzen zu verlagern. An diesem Vorbereitungsformat wurde mit Ausnahme bei der Arbeitsgruppe Entwicklungszusammenarbeit auch für die diesjährige Sitzung festgehalten, so dass die in den internationalen Beziehungen so wichtigen persönlichen Kontakte nicht gepflegt werden konnten. Der Besuch der Außenministerin musste außerdem um einen Tag verkürzt werden, da sie am Vortag noch an der EU-Außenministersitzung in Luxemburg zur Situation in Russland teilnehmen musste.

Im Mittelpunkt der bilateralen Zusammenarbeit in den kommenden Jahren stehen:

- Die „Just Energy Transition“ soll von Deutschland, Frankreich, dem Vereinigten Königreich und den USA mit 7,3 Mrd. € über die nächsten 5 Jahre gefördert werden. Damit soll der Ausstieg aus dem Abbau von Kohle, mit der 85 % des Stroms in Südafrika erzeugt werden, und der Übergang zu Erneuerbarer Energie sozialverträglich gestaltet und die wirtschaftliche Entwicklung der relativ dünn besiedelten Regionen vorangebracht werden. Deutschland kann dabei seine Erfahrungen mit ähnlichen Prozessen im Ruhrgebiet und den Braunkohlelagerstätten im Osten und Westen Deutschlands einbringen.
- Wissenschaftskooperation und Berufsausbildung: Das ist ein Dauerbrenner in der bilateralen Zusammenarbeit, von dem sich

N. Pandor als ehemalige Wissenschaftsministerin „begeistert“ zeigte. Beiden Sektoren kommt bei über 60 % Jugendarbeitslosigkeit eine große Bedeutung zu.

- Produktion von grünem Wasserstoff, der angesichts des großen Potentials bei der Herstellung Erneuerbarer Energie sowohl für die lokale Industrie als auch für den Export genutzt werden kann und Arbeitsplätze schafft.
- Zusammenarbeit bei der Produktion von Impfstoffen, um nicht nur Südafrika, sondern das ganze süd-östliche Afrika mit mRNA-Impfstoffen versorgen zu können.

Entwicklungszusammenarbeit

Die Arbeitsgruppe Entwicklungszusammenarbeit tagte als Ausnahme hochrangig in Präsenz am 26.06., dem Vortag des Abschlussplenums, in Pretoria unter der Leitung von BMZ-Abteilungsleiterin Birgit Pickel. Dabei konnten mit dem Finanzministerium vor allem die Fortschritte im Bereich Sovereign Lending (Deutschland und Frankreich hatten 2022/23 jeweils 300 Mio. EUR als „Zwillingskredit“ im Rahmen der JET-Partnerschaft an Südafrika ausgelegt) und bei der Unterstützung der Gerechten Energiewende besprochen werden. Wegen der Verzögerung der Binationalen Kommission (diese hätte turnusgemäß eigentlich 2022 stattfinden sollen), musste das BMZ seine Regierungsverhandlungen 2022 vorziehen. Das Ergebnis im Oktober 2022 war eine neue Rekordzusage in Höhe von 355 Mio. EUR für den Zeitraum 2022 – 2024.

Ein zentrales Handlungsfeld der bilateralen Zusammenarbeit ist die Unterstützung der Gerechten Energiewende, insbesondere in den Bereichen Energie/Elektrizität und Skills Development.

Dabei wurde von beiden Seiten betont, dass gebotene Flexibilität angesichts der akuten Elektrizitätskrise in Südafrika nicht zu Lasten der langfristigen Klimaziele gehen dürfe. Ebenso wurde die 2022 verabschiedete gemeinsame Länderstrategie bekräftigt, die die konkrete Umsetzung der Feministischen Entwicklungspolitik in das Zentrum der gemeinsamen Anstrengungen rückt.

DeSaFor – Newsletter Juli 2023

Schließlich wurde vereinbart, die nächsten Regierungsverhandlungen 2024 in Deutschland abzuhalten.

Am Rande der BNK konnte das Implementierungsabkommen für ein Vorhaben der GIZ zur Unterstützung von Kapazitäten für Impfstoffproduktion unterzeichnet werden.

Regierungsverhandlungen

Sie finden in der Regel auf hoher Beamtenebene mit Entwicklungsländern statt. Sie dienen der gemeinsamen Planung und den völkerrechtlich verbindlichen Zusagen von Maßnahmen und Finanzierung in der Entwicklungszusammenarbeit.

Regierungskonsultationen

Diese gibt es in mehr oder weniger regelmäßigen Abständen mit Staaten, mit denen Deutschland besonders eng verbunden ist. An den Konsultationen nehmen neben den Regierungschefs in der Regel und je nach Themen eine Reihe anderer Ressortchefs teilnehmen.

Sie dienen dazu, die Bedeutung der politischen Beziehungen herauszustreichen.

In einer Pressekonferenz, die der Zeichnung des Protokolls am 27.03.2023 vorausging, unterstrich Naledi Pandor die „sehr wichtige strategische Partnerschaft“ mit Deutschland. Diese sollte aus Sicht ihrer deutschen Kollegin „weiter ausgebaut und vertieft“ werden.

Politische Gespräche

Die Gastgeber hatte Außenministerin Baerbock mit einem Gastartikel in der südafrikanischen „Sunday Times“ eingestimmt, in dem sie die aus ihrer Sicht wichtigsten Themen für die anstehenden Gespräche darstellte: Klimaschutz, den russischen Angriffskrieg in der Ukraine, regelbasierte internationale Zusammenarbeit und afrikanische Friedensinitiativen auf dem Kontinent. In ihrer Eingangserklärung bei der Pressekonferenz am 27.03.2023 legte sie dar, dass es das gemeinsame Ziel sein müsse, die ohnehin schon außergewöhnlichen und keineswegs selbstverständlichen Beziehungen weiter auszubauen.

Besondere Aufmerksamkeit erfuhr ihre Bemerkung, dass West-Deutschland in der Apartheidzeit auf der falschen Seite der Geschichte gestanden und mit dem Apartheidregime in verschiedenen Bereichen zusammengearbeitet habe. Aus heutiger Sicht sei das unglaublich. Umso wichtiger sei die von Präsident Nelson Mandela schon 1996 erfolgte Versöhnungsgeste gegenüber dem deutschen Volk, die die Basis für die heutige enge Partnerschaft sei. Sie lobte Südafrikas starke Demokratie und Zivilgesellschaft, die freie und lebendige Presse und hob die starke und unabhängige Justiz hervor, die auch Voraussetzung künftiger Investitionen sei.

Ferner lobte sie den großen Einsatz Südafrikas bei den Bemühungen, in vielen Konflikten auf dem Kontinent Frieden zu schaffen oder zu sichern.

Deutschland werde Südafrikas wichtige Bemühungen, in Afrika Friedensprozesse zu fördern und so z.B. im Sudan, in Burundi, der DR Kongo und Äthiopien, Menschenleben zu retten, weiter unterstützen.

Die Welt dürfe bei drohenden Genoziden, wie vor 20 Jahren in Darfur, nicht wegsehen. Dieser Einsatz verschaffe Südafrika Einfluss und Anerkennung in der Welt.

Wenn das Land Nelson Mandelas und Desmond Tutus seine Stimme erhebe, dann höre die Welt zu.



Außenministerin Annalena Baerbock und die südafrikanische Außenministerin Naledi Pandor

Mit diesen bedeutsamen Gesten hat Ministerin Baerbock den Boden bereitet für ihre

Bemühungen, Südafrika zu einem Überdenken seiner Haltung zum russischen Angriffskrieg auf die Ukraine zu veranlassen.

Die Folgen für die Nahrungs- und Düngemittelversorgung für viele afrikanische Staaten zeige, dass der Krieg im fernen Europa auch afrikanische Staaten betreffe. Wenngleich sie verstehe, dass Konflikte in der eigenen Nachbarschaft anfänglich mehr Gewicht gehabt hätten.

Beim Gespräch der Außenministerinnen spielte die Erfahrung der jeweiligen Besuche von Butscha, dem von Kriegsverbrechen gegen Zivilisten besonders betroffenen Vorort Kiews, eine verbindende Rolle. Baerbock appellierte an ihre Kollegin „von Mutter zu Mutter“, dass solchem Vorgehen mit allen Mitteln entgegengetreten werden müsse.

Das den Besuch abschließende Gespräch mit Präsident Ramaphosa kam erst in letzter Minute zustande und dauerte mit 75 Min. deutlich länger als vorgesehen.

Der deutschen Außenministerin scheint es gelungen zu sein, Cyril Ramaphosa darin zu bestärken, dass die VN-Charta, Souveränität und territoriale Integrität gerade auch im Fall der Ukraine verteidigt werden müssten. Sie erklärte nach dem Gespräch, dass sie den Eindruck hätte, dass sich „Afrika in dieser Frage bewege“ und sich „damit beharrliche Diplomatie auszahle“.

Es bleibt also abzuwarten, wie sich das auf die Fortsetzung der Vermittlungsbemühungen afrikanischer Staats- und Regierungschefs in Kiew und Moskau auswirkt. Diese hatten im ersten Anlauf keine Erfolge gezeigt. Auch der BRICS-Gipfel Ende August 2023 in Südafrika wird insofern aufschlussreich sein.

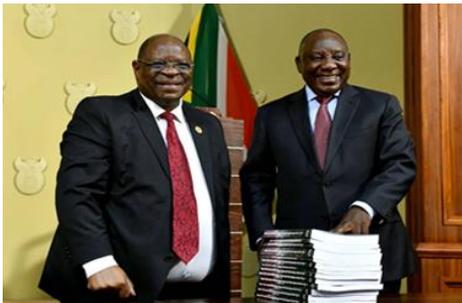
Das wird nicht nur so gesehen wegen des vom Internationalen Strafgerichtshof erlassenen Haftbefehls gegen Präsident Wladimir Putin, den Südafrika als Mitgliedsland des sogenannten *Römischen Statuts* des Gerichts umsetzen müsste (Siehe Artikel: „Neutrale afrikanische Friedensmission?“).

Hans-Werner Bussmann

DeSaFor – Newsletter Juli 2023

Accountability and Justice in South Africa's Post State Capture Era

On 9 January 2018, after being compelled to do so by judicial process, former president Jacob Zuma announced the establishment of the judicial commission of inquiry into state capture, to be headed by then Deputy Chief Justice Raymond Zondo. As South Africa's international reputation as a rule-of-law society came under scrutiny, the Commission sought to provide answers to the widespread allegations that implicated the former president and his close private associates and other high-ranking officials in capturing state departments and state entities.



Raymond Zondo übergibt Teile des Berichts an Präsident C. Ramaphosa

In an approximately ZAR 1 billion (USD 50 million) endeavour which spanned over four years and involved 278 testimonies, 300 witnesses and 3 171 summonses, the final Commission reports were handed over to President Cyril Ramaphosa in June 2022. The reports feature extensive recommendations on how the state must ensure proper governance of its institutions, as well as several referrals for further investigations to law enforcement agencies.

The work of the Commission is a victory for transparency, and it established an unassailable historical record with considered findings and recommendations.

What comes now is the more challenging task of pursuing accountability.

Even today, a year since its conclusion, many criticise the Commission for being a waste of state resources while others note

that it has enabled the state to make some recoveries in unpaid taxes and provided sound recommendations to future-proof South Africa's constitutional order.

The ultimate value of the Commission remains uncertain, as it is linked to government's commitment to comprehensively implementing its findings and recommendations. However, given South Africa's dismal track record when it comes to actioning recommendations of past commissions of inquiry, coupled with variable political will across the board in the fight against corruption, it seems unlikely that the Commission will prove to be an effective way to ensure justice to victims of state capture.

Some Wins of the Zondo Commission

One of the Commission's notable achievements is that it helped to substantiate allegations of corruption and unearth issues previously hidden to the South African public. Specific individuals were identified as being facilitators and beneficiaries of state capture. Many witnesses testified about how others were working through government, notably by capturing public procurement processes, to loot state resources.

The evidence uncovered through the Commission provided a solid foundation for future investigations.

Important state-owned entities such as South African Airways, the State Security Agency, and the South African Broadcasting Corporation, among others, were revealed to be tainted with evidence of grand-scale corruption.



Standen im Zentrum der Untersuchungen der Zondo-Kommission: Atul Gupta und Ex-Präsident Jacob Zuma

The wealthy and influential business family from India, the Guptas, who had close ties to former president Zuma and his administration, were found to be instrumental in the state capture project through various activities, particularly at Transnet and Eskom. Two of the three Gupta brothers have been indicted but to date, attempts to extradite them from their current residence in the UAE have been unsuccessful.

Global private companies including KPMG, Bain, and McKinsey were found to have knowingly earned proceeds from the state capture project through their involvement with implicated companies and state entities.

So far about ZAR 700 million (USD 36 million) has been recovered from entities paid corruptly and returned to the South African Revenue Service, with some funds being set aside for anti-corruption and education initiatives.

Although none have been paid out yet, a civil society coalition is looking to quantify the damages of state capture with the goal of compensating victims by seeking further reparations from implicated companies. While some implicated persons opted not to testify, including former president Zuma, the Commission provided a platform for implicated persons to be questioned in the public eye and account for their involvement in state capture. In so doing, the Commission sensitised the public to the matter. The Commission's recommendations were vast and comprehensive, spanning multiple sectors of society and arms of government including the executive and legislature.

These recommendations provided concrete suggestions for strengthening and improving state governance across multiple levels. In early 2023, the president appointed members of the National Anti-Corruption Advisory Council (NACAC), which brings together representatives from civil society, including business, who will work alongside government to prevent and eradicate wrongdoing while seeking to implement South Africa's national anti-corruption strategy.

DeSaFor – Newsletter Juli 2023

Failures of the Zondo Commission

Despite the comprehensiveness of the Commission's recommendations, there has been little to no implementation, even of some measures one could consider easy wins.

Many recommendations were aimed at the president, with some requiring decisive action to be taken with regards to the cabinet of ministers, many of whom were implicated in state capture. The president promised on 22 October 2022 in a response to Parliament that some "critical actions" would be taken to implement some of the recommendations, including the establishment of an independent Public Procurement Anti-Corruption Agency, but to date there has been no substantial follow-through on this.

It is regrettable that the president has been slow in implementing these measures and even more concerning that implicated ministers and deputy ministers have been retained and even promoted in the cabinet. Chief Justice Zondo himself expressed disappointment at this, noting that it sends a worrying message to the public about accountability on the part of officials.

Regarding the state's response in dealing with the alleged crimes emerging from the Commission, it has established an Investigating Directorate under the National Prosecuting Authority (NPA).

So far 26 cases have been enrolled, 89 investigations launched, and 165 implicated persons hauled to court to answer to alleged state capture-related offenses including corruption, fraud, racketeering, and money-laundering.

However, the NPA has complained about the technical complexities of the cases and the deficit of the required skills to investigate and prosecute these offenses.

As a result, it has recorded several embarrassing failures, including the failure to extradite the two Gupta brothers and the removal from the court roll of the related Nulane Investments case due to the ineptitude of the prosecutor and investigators.

Several legislative amendments were recommended which would see revisions made to the NPA Act and the Public Disclosures Act, particularly for the improved protection of whistle-blowers, who facilitated the exposure of crucial information and were integral to the Commission's success. Concerningly, there has not been a single bill placed before Parliament for any amendments. Parliament itself was also meant to attend to recommendations pertaining to its own functioning but this has not been prioritised either.

The Commission recommended other systemic and structural measures including the establishment of a permanent standing commission of inquiry into state capture which, if supported by people of integrity and resourced properly, would have the powers to oversee and investigate tender and procurement irregularities. Additionally, the establishment of a commission which would be tasked with combating corruption to prevent the re-occurrence of state capture in future was also suggested, but this too has not been implemented.

In a country where the majority party has previously prioritised its own interests over state interests by shielding the president from parliamentary accountability, these institutions are necessary as they would balance out the uneven power dynamics between the majority party and society.

Designated officials would be able to summon the president and ministers to account for their actions on a platform outside of Parliament and in the public eye and harness the power of public pressure to force the president to act against state capture.

Has South Africa really entered its Post State Capture Era?

Government has been unacceptably slow and shown a disturbing lack of urgency in implementing the Commission's recommendations.

Its clear lack of political will and resource allocation to dealing decisively with state capture and seeking accountability for state capture-related crimes does not inspire confidence in its seriousness to facilitate justice in this so-called 'post state capture era'.

With general elections scheduled to take place in 2024, it is projected that campaigning and electioneering will overshadow the state capture accountability project and slow the justice process even more. There is a widespread fear that the efforts and expense of the Commission will prove to be a fruitless endeavour and that justice will never materialise.

Zanele Fengu und Karam Singh

Karam Singh ist Exekutivdirektor und **Zanele Fengu** die Rechtsberaterin von „Corruption Watch South Africa.“

Die Organisation **Corruption Watch South Africa**“ wurde 2012 von Persönlichkeiten der Zivilgesellschaft, unterstützt durch den südafrikanischen Gewerkschaftsdachverband COSATU, gegründet und ist heute die führende auf den Kampf gegen Korruption spezialisierte Organisation in Südafrika.

DeSaFor – Newsletter Juli 2023

Parteien in Südafrika

Im Vorfeld der nächsten südafrikanischen Parlaments- und Präsidentenwahlen (voraussichtlich im April 2024) stellen wir einige Oppositionsparteien vor, die sich neben dem ANC zur Wahl stellen wollen. Wir beginnen in dieser Ausgabe mit der **Democratic Alliance**. Die **Economic Freedom Fighters** sowie die wichtigsten **kleineren Parteien** werden wir ebenfalls vorstellen.

Democratic Alliance (DA)

Die DA ist auf nationaler Ebene seit 2004 die größte Oppositionspartei („official opposition“), was ihr im Parlament eine besondere Rolle zuweist. Sie regiert seit 2009 ununterbrochen die Westkap-Provinz (Hauptstadt: Kapstadt) und bildet seit den Kommunalwahlen des Jahres 2016 Koalitionen in der Mehrzahl der Metropolen (u.a. Johannesburg; die Metropolregion Tshwane mit dem Verwaltungssitz Pretoria; Nelson Mandela Bay, mit Port Elizabeth). Sie konnte bis zu den nationalen Wahlen im Jahr 2014 einen stetigen Stimmzuwachs verzeichnen.

2019 fiel sie jedoch leicht zurück. Die Koalitionen in den „Metros“, deren Hauptziel es jeweils war, den ANC von der Macht abzuhalten, erwiesen sich nicht immer als stabil. In den letzten Jahren musste die Partei den Austritt prominenter schwarzer Politiker hinnehmen.

Historischer Rückblick

Die heutige Partei hat ihren Ursprung in der Opposition gegen die *National Party*, die bis 1990 den Apartheid-Staat beherrschte. Aus der in der Mitte der 1950er Jahre gebildeten *United Party* spalteten sich vor allem junge Politiker ab, denen die Opposition gegen den Apartheid-Staat nicht stark genug war. Aus der von ihnen 1959 gebildeten *Progressive Party* ging nach Zusammenschluss mit anderen kleineren Oppositionsparteien die *Progressive Reform Party* und schließlich die *Progressive Federal Party* hervor. Führende Köpfe dieser Zusammenschlüsse waren u.a.



Helen Suzman, Colin Eglin, Frederik van Zyl Slabbert. 1989 entstand durch das Zusammengehen mit zwei kleineren liberalen Parteien die *Democratic Party (DP)*.

Bei den Wahlen 1994 und 1999 blieb die DP jedoch weit hinter den Erwartungen zurück, da die *New National Party (NNP)* es verstand, sich den weißen Wählern als geläuterte zentristische Partei zu präsentieren. Tony Leon gelang es im Jahr 2000 mit der, auch von Anhängern, kritisch beäugten Devise „fight back“ sowie dem Zusammengehen mit der NNP und der *Federal Alliance* die *Democratic Alliance (DA)* zu gründen.

Das war eine effektive Oppositionspartei. Sie zerbrach jedoch bald wieder, weil es dem ANC gelang, einige NNP-Abgeordnete auf seine Seite zu ziehen und mit Ministerposten zu versorgen. Rückblickend lässt sich also feststellen, dass sich mit Gründung der DA die liberalen Kräfte in der politischen Mitte in einem mehrfachen Häutungsprozess gegen die konservativen Kräfte durchsetzten.

Der Aufstieg der DA

Erst als es H. Zille mit Hilfe einer Neunparteien-Koalition vermochte, den ANC aus dem Kapstadter Rathaus zu verdrängen und mit Weit- und Umsicht die Sicherheit im öffentlichen Raum zu verbessern und Ordnung in der öffentlichen Verwaltung zu schaffen, begann der eigentliche Aufstieg der DA.

Schon 2009 konnte sie auf dieser Basis die Regierung in der Provinz übernehmen und H. Zille als einzige nicht dem ANC angehörende Politikerin zum Amt des „Premier“(-Ministers) verhelfen. Basierend auf diesem Erfolg übernahm H. Zille 2007 auch die landesweite Führung der Partei.

Zum Erfolg der Partei hat ferner maßgeblich beigetragen, dass die farbige Bevölkerung, vor allem des Westkaps, die dort 50 % der Bevölkerung ausmacht, fast geschlossen hinter der Partei stand. Außerdem verstärkte die Partei ihre Bemühungen, sich für die schwarze Bevölkerung zu öffnen, indem sie auf die maßgebliche Rolle wichtiger Vertreter ihrer Vorgängerparteien im Antipartheid-Kampf verwies.

Vor allem aber führte sie auf H. Zilles Drängen Schulungsprogramme für Nachwuchspolitiker aller Ethnien sowie rigide, jährlich zu überprüfende Zielvorgaben, zunächst für das politische Spitzenpersonal, dann für alle Mandatsträger, ein.

Die DA konnte sich zunehmend als liberale Zentrumsparterie, die wirtschaftsliberale (geordnete Finanzen, Deregulierung) mit sozialliberalen Tendenzen verbindet, darstellen, die „service delivery“, also die umfassende Versorgung der gesamten Bevölkerung mit Schulen, Krankenhäusern, Sozialhilfe usw. ernst nimmt.

Mit dem aus Karl Poppers Philosophie der „Offenen Gesellschaft“ abgeleiteten Slogan der Schaffung einer „Open Opportunity Society for all“ vermochte sie es, das Image einer „rein-weißen Oppositionspartei“ abzulegen und sich als glaubwürdige Alternative zum ANC zu präsentieren. Diesem hielt sie vor, eine „geschlossene Vereinigung zur Förderung der Vetternwirtschaft für wenige“ zu sein. Ihr Ziel war und ist es weiterhin, das menschliche, wirtschaftlich-industrielle und wissenschaftliche Potential des Landes besser auszuschöpfen.

In der Wirtschaftspolitik verfolgt(e) die DA einen sozialliberalen Ansatz: möglichst wenig Staatseinfluss, geordnete Staatsfinanzen, die eine Ausweitung notwendiger Sozialleistungen erlauben, verbunden mit dem Ziel, dass möglichst viele Bürger durch eigene Arbeit an der Entwicklung des Landes partizipieren.

Ferner die Ablehnung des „Broad Based Black Economic Empowerments“ in seiner gegenwärtigen Form, was im Ergebnis nur zur Bereicherung einiger weniger, gut vernetzter Individuen führe, und der entschuldigungslosen Enteignung in der Landwirtschaft, die nichts zur tatsächlichen Verbesserung der Lage der Arbeitslosen beitragen würde, jedoch das Ende von Auslandsinvestitionen bedeute.

Aktuelle Tendenzen

Bei den letzten nationalen Wahlen 2019 musste die DA selbst im Westkap erste leichte Verluste und bei den Kommunalwahlen 2023 sogar einen Stimmenrückgang von 5,2 % hinnehmen. Dennoch gelang es ihr,

DeSaFor – Newsletter Juli 2023

mit Hilfe von Mehrparteien-Koalitionen zusätzlich zu Kapstadt die Führung in den Metropolregionen Johannesburg, Tshwane, Ekurhuleni und Nelson Mandela Bay sowie 28 weiteren Gemeinden zu übernehmen.

Dieser Umschwung ist in der Sache vor allem auf die wachsende Unzufriedenheit der Bevölkerung mit dem ANC in den „Metros“ ebenso wie auf dem flachen Land zurückzuführen, vor allem auf die von ihm zu verantwortende enorme Korruption und Fehlleitung staatlicher Mittel sowie „cadre deployment“, zu Deutsch dem Nepotismus. Allerdings zerbrechen diese Koalitionen immer wieder, da es zum einen an einer Kultur der „Koalitionsregierungen“ auf allen Ebenen, zum anderen an Kompromissbereitschaft und Toleranz fehlt.

Zu oft dominieren persönliche Egos und finanzielle Eigeninteressen. Einige deutsche Politische Stiftungen bemühen sich daher, auf der Grundlage der deutschen Erfahrungen die südafrikanischen Parteien und (künftigen) Mandatsträger mit Aushandlungsprozessen und Abschlüssen von Koalitionsvereinbarungen vertraut machen.

Personalpolitik

Darüber hinaus musste die DA immer wieder den Verlust herausragender schwarzer Politiker hinnehmen. 2014, nach nur drei Jahren, erfolgte der Rücktritt der politisch hochbegabten Fraktionschefin im nationalen Parlament, Lindiwe Mazibuko, (Jahrgang 1980),

wegen Konflikten mit älteren Fraktionskollegen, die ihre Autorität nicht anerkennen wollten. Dem in der Bevölkerung durchaus anerkannten Parteichef Mmusi Maimane wurden die Stimmenverluste bei den Parlamentswahlen 2019, aber auch Führungsschwäche zur Last gelegt. Er hat danach das „One South Africa Movement“ gegründet, wobei noch nicht klar ist, ob und unter welchem Namen es an den kommenden Wahlen teilnimmt.

Der frühere Bürgermeister von Johannesburg, Herman Mashaba, kam nach den Kommunal-Wahlen 2016 ins Amt, trat jedoch 2019 wegen Differenzen mit der DA-Führung zurück und gründete die Partei *Action SA*, mit der er bei den Wahlen 2021 nur mäßigen Erfolg erzielte.

Die Ärztin Dr. Mpho Phalatse wurde im September 2022 nach knapp einjähriger Amtszeit abgewählt, aber aufgrund eines Gerichtsbeschlusses im Oktober 2022 wieder eingesetzt und im Januar 2023 endgültig abgewählt.

Sie unterlag im April 2023 bei dem Versuch, die Parteiführung von John Steenberg zu übernehmen, der wiedergewählt wurde. Hingegen konnten DA-Bürgermeister in Tshwane von 2016 bis heute (mit Ausnahme eines kurzen Zwischenspiels im Jahr 2023) fast ununterbrochen regieren, obwohl die Zusammensetzung der Koalitionen häufig wechselte.

Ausblick

Nach Ansicht lokaler Beobachter gibt die DA gegenwärtig kein gutes Bild ab. Es werden zunehmend Korruptionsvorwürfe vornehmlich gegen lokale Politiker laut. Das Bild einer multi-ethnischen Partei schwindet. Sie wird wieder als Interessenvertretung der weißen, ohnehin stark privilegierten Bevölkerungsschicht wahrgenommen. Damit verliert die DA Wähler vor allem in der stark wachsenden schwarzen Mittelschicht. Der Austritt prominenter schwarzer Politiker/innen wird u.a. mit H. Zilles rigidem Führungsstil als Vorsitzende des Federal Council in Verbindung gebracht. Diese Position übernahm sie nach ihrem Rücktritt 2017 als Parteivorsitzende.

Als solche lenkt sie zwischen den Parteitägen die Geschicke der Partei; auf diese Weise kann sie die Fäden in der Hand behalten.

Vergessen wird von den farbigen Südafrikanern dabei auch nicht, dass der Zusammenschluss mit Patricia de Lilles kleiner Partei *Independent Democrats* 2010 nur kurze Zeit währte.

Für die DA wird es in den kommenden Monaten entscheidend darauf ankommen, dass sie sich auch bei den nicht-weißen Wählern wieder als glaubwürdige Alternative zum ANC darstellen kann.

Hans-Werner Bussmann



Helen Zille, Jahrgang 1951, war während der Apartheid kritische Journalistin und Aktivistin. Ihr gelang es, den in Polizeihaft erfolgten Mord an Steve Biko, dem Anführer der Black Consciousness Bewegung, aufzudecken. Sie war Fachberaterin der DP in den CODESA-Verhandlungen (in denen der

Übergang zum neuen Südafrika ausgehandelt wurde), wurde 1999 für diese Partei ins Parlament gewählt und war von 2001 bis 2004 deren Fraktionschefin.

2006 wurde sie Bürgermeisterin von Kapstadt und schon 2008 zur weltbesten Bürgermeisterin gekürt.

2007 wurde sie Parteichefin der DA und gewann 2009 für die DA die Wahlen zum Provinzparlament des Westkaps, was ihr das Amt des „Premier“-(-Ministers) einbrachte. Sie konnte das Ergebnis bei den Wahlen 2014 weiter steigern (22 % landesweit, 60 % im Westkap), was nicht zuletzt auf ihre damalige Beliebtheit, auch in der nicht-weißen Bevölkerung, zurückzuführen ist, die u.a. darauf beruhte, dass sie sich nicht scheute, immer wieder Brennpunkte aufzusuchen. Zille spricht neben ihren Muttersprachen Deutsch und Englisch auch fließend Afrikaans und iXhosa. Beim Parteikongress 2015 verzichtete sie auf die Wiederwahl, um Platz für M. Maimane zu schaffen. 2017 entging sie wegen einer missverständlichen Twitter-Nachricht zum Kolonialismus nur knapp dem Parteiausschluss und trat von allen Parteiämtern zurück. Im Mai 2019 wurde Alan Winde (zuvor Wirtschaftsminister) ihr Nachfolger als Westkap-Premier. Seit Oktober 2019 hat sie als Vorsitzende des Federal Councils der DA weiterhin erheblichen Einfluss auf die politischen Entscheidungen und die Personalpolitik der Partei.

DeSaFor – Newsletter Juli 2023

Hoher südafrikanischer Orden für Ruth Weiss - Eine Würdigung

Die deutsche Anti-Apartheidaktivistin und Schriftstellerin mit besonderem Bezug zum südlichen Afrika, Ruth Weiss, erhielt am 28. April 2023 aus der Hand von Präsident Cyril Ramaphosa den „National Order Companions of OR Tambo Award“ in Silber während einer Feierstunde in Pretoria.

Sie ist die zweite Deutsche, der diese hohe Ehre zuteil wurde. Erster deutscher Träger ist Landesbischof a.D. Christian Krause aus Braunschweig, ehemaliger Präsident des Lutherischen Weltbunds, der sich als Generalsekretär des Deutschen Evangelischen Kirchentags von 1985 bis 1994 im Anti-Apartheidkampf engagierte.

Mit dem Orden werden ausländische Persönlichkeiten ausgezeichnet, die sich herausragend „für Frieden, Zusammenarbeit, Unterstützung und aktive Solidarität mit der südafrikanischen Gesellschaft“ verdient gemacht haben. In der Urkunde wird die Preisträgerin besonders gewürdigt für ihren „Beitrag zum Freiheitskampf.“

Ihre zahlreichen Schriften brachten die Ungerechtigkeiten in Südafrika ans Tageslicht. Sie war eine Quelle des Wissens für andere Journalisten und Aktivisten.“



Ruth Weiss, Trägerin des „National Order Companions of OR Tambo Award“

R. Weiss wurde am 26. Juli 1924 in Fürth in die jüdische Familie Löwenthal geboren und besuchte dort (wie auch der knapp ein Jahr ältere Henry Kissinger) die jüdische Realschule. Ihr Vater wurde schon kurz nach der Machtergreifung 1933 entlassen und fand keine Arbeit mehr.

Er wanderte daraufhin nach Johannesburg aus, baute dort einen kleinen Gemischtwarenladen auf und konnte erst 1936 seine Frau und die zwei Töchter nachholen. Mit dem letzten Transport jüdischer Emigranten konnten sie nach langer Wartezeit von dem Schiff „Stuttgart“ in Kapstadt an Land gehen. Rechtsgerichtete südafrikanische Organisationen versuchten, dies mit massiven Demonstrationen zu verhindern.

Schon als Schülerin erkannte sie, dass sie von einem Unrechtsregime in ein anderes geraten war, das sich von dem deutschen dadurch unterschied, dass in Südafrika eine kleine Minderheit die große Bevölkerungsmehrheit unterdrückte.

In der „Unabhängigen Kultur-Vereinigung“, die von jüdischen Emigranten gegründet wurde, um für deren Kinder kulturelle Veranstaltungen und Diskussionen durchzuführen, lernte sie nicht nur ihre lebenslange Freundin, die später zu Ruhm gekommene Schriftstellerin Nadine Gordimer kennen, sondern auch ihren späteren Mann Hans Weiss kennen..

Er war u.a. Korrespondent deutscher Zeitungen. Artikel, vor allem zu Wirtschaftsthemen, ließ er seine Frau schreiben. Sie erschienen unter seinem Namen oder Pseudonym. Daneben arbeitete R. Weiss in einem Rechtsanwaltsbüro, in der Buchhandlung ihres Mannes und schließlich als „company secretary“ einer Versicherungsgesellschaft. Diese Stellung als Prokuristin mit besonderen gesellschaftsrechtlichen Funktionen war damals für eine junge Frau eine außergewöhnliche Position.

1960 wurde sie Wirtschaftsredakteurin bei der angesehenen Wirtschaftszeitung „Financial Mail“, für die sie 1965 als Büroleiterin nach Salisbury (heute Harare) im damaligen Südrhodesien (heute Simbabwe) ging. Auch von dort berichtete sie kritisch über Südafrika und Rhodesien, das 1965 seine „einseitige Unabhängigkeit von Großbritannien“ erklärte. Daher wurde sie von beiden Staaten zur „persona non grata“ erklärt und ihre Schriften auf eine „schwarze Liste“ gesetzt. Südafrika entzog ihr die Staatsbürgerschaft. Damit begann für sie ein „journalistisches Nomadenleben“.

Von 1968 bis 1971 arbeitete sie beim „Guardian“ in London, danach als Wirtschaftsredakteurin für die „Times of Zambia“ in Lusaka und schließlich als Korrespondentin für die englische „Financial Times“. Lusaka war damals ein Zentrum des ANC und weiterer Unabhängigkeitsbewegungen im Exil. Das führte zur Bekanntschaft u.a. mit Kenneth Kaunda.

Später traf sie mit Nelson Mandela, aber auch mit zahlreichen anderen hochrangigen Politikern im südlichen Afrika zusammen. 1975 bis 1978 wurde sie Chefin vom Dienst der Afrika-Redaktion der Deutschen Welle in Köln.

Um sich ihrem heranwachsenden Sohn Sascha intensiver widmen zu können, arbeitete sie bis 1982 als freiberufliche Journalistin, begleitete den Unabhängigkeitsprozess Simbawes (insbesondere die „Lancaster House“-Verhandlungen) und zog schließlich nach Harare, wo sie u.a. schwarze Wirtschaftsjournalisten ausbildete und den „Southern African Economist“ gründete. Ab 1987 wirkte sie maßgeblich beim „Zimbabwe Institute for Southern Africa“ (ZISA) mit, das vom südafrikanischen Oppositionspolitiker Frederik van Zyl Slabbert und dem ANC-Führungsmittglied Thabo Mbeki angestoßen wurde. In 55 „vertrauensbildenden Konferenzen“ diskutierten Meinungsführer des Apartheidsystems mit Vertretern der schwarzen Befreiungsbewegungen.

1992 zog Ruth Weiss, enttäuscht von zunehmender Zensur, Misswirtschaft und Unterdrückung des Regimes von Robert Mugabe in Simbabwe, auf die Isle of Wight und begann von nun an hauptsächlich als Schriftstellerin zu arbeiten. 1994 erschien ihre Autobiographie „Wege im harten Gras“ mit einem Nachwort von Nadine Gordimer. Es folgten Sachbücher (u.a. eine ausgezeichnete Biographie zu Robert Mugabe, 2022 in 2. Auflage) und preisgekrönte Jugendbücher (u.a. „Sascha und die neun alten Männer“). Das Buch „Meine Schwester Sara“ wurde wegen seiner differenzierten und einfühlsamen Auseinandersetzung mit der gelebten Apartheid und dem Antisemitismus einer burischen Familie als ein Plädoyer gegen Rassismus zur Pflichtlektüre an baden-württembergischen Schulen.

DeSaFor – Newsletter Juli 2023

Seit 2015 lebt sie bei ihrem Sohn in Dänemark. Seit Jahrzehnten stellt sich R. Weiss als jüdische Zeitzeugin, die dem Holocaust entkommen ist, vor allem für Schüler und junge Menschen zur Verfügung, um aufzuzeigen, warum und wie sie zum Kampf gegen die Apartheid und für soziale Gerechtig-

Der **National Order „Companions of O.R. Thambo“** wurde 2002 eingeführt. Mit ihm zeichnet der südafrikanische Präsident hochrangige ausländische Persönlichkeiten aus, die sich um die Förderung südafrikanischer Interessen durch Zusammenarbeit, Solidarität und Unterstützung verdient gemacht haben.

Oliver Reginald Thambo war ANC-Präsident im Exil, nachdem Nelson Mandela inhaftiert worden war. Die ersten drei Empfänger des nach ihm benannten Ordens waren Olof Palme, Kenneth Kaunda und Mahatma Gandhi.

Der Orden wird in drei Stufen vergeben:

- Gold („Supreme Companion“): für Staatsoberhäupter und in besonderen Fällen Regierungschefs;
- Silber („Grand Companion“): für Regierungschefs, Minister, Verfassungsrichter, Parlamentspräsidenten, Staatssekretäre, Botschafter und Oberbefehlshaber und herausragende Persönlichkeiten;
- Bronze („Companion“) : für Abgeordnete, hochrangige Diplomaten und hohe Offiziere sowie erkennbar für jeweils gleichrangige ausländische Empfänger außerhalb der öffentlichen Sphäre.

keit beitrug, und dass auch die europäischen Politiker und Gesellschaften Verantwortung für die Folgen der Apartheid trugen.

2005 wurde sie als eine von 1 000 Frauen für den Friedensnobelpreis des Jahres 2005 nominiert, 2010 wurde eine staatliche Realschule in Aschaffenburg nach ihr benannt.

Die Deutsche Afrika Stiftung verlieh ihr im Dezember 2019 den „Ehrenpreis der Deutschen Afrika Stiftung“. 2020 ernannte das PEN-Zentrum deutschsprachiger Autoren im Ausland („Exil-Pen“) sie zur Ehrenpräsidentin.

2014 erhielt sie das Bundesverdienstkreuz I. Klasse und 2022 den OVID-Preis des ExilPEN. Im gleichen Jahr wurde eine „Queen of Shaba“- Rose zu ihren Ehren im Garten der südafrikanischen Botschaft in Berlin gepflanzt, um damit „die jüdischen Opfer unter den Anti-Apartheid-Aktivistinnen und Aktivisten im Allgemeinen und Ruth Weiss' Engagement für die Menschlichkeit im Besonderen“ zu würdigen.

Das ZDF widmete ihr 1994 zwei Folgen der Reihe „Zeugen des Jahrhunderts“. Zu einer Gedenkstunde des Landtags und der Landesregierung Nordrhein-Westfalen anlässlich des 78. Jahrestages der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz-Birkenau am 27. Januar 2023 war sie als Ehrenrednerin eingeladen.

Im Oktober 2022 war sie Gesprächspartnerin in der DeSaFor-Reihe virtueller Gespräche „Let's talk about...“.

Dabei äußerte sie sich sehr besorgt über die grassierende Korruption und deren gravierende Folgen vor allem für die unterprivilegierten und jungen Menschen in Südafrika.

Der DeSaFor-Vorstand hat R. Weiss zur hohen Auszeichnung gratuliert und ihr Lebenswerk gewürdigt. Sie ist eine „deutsch-afrikanische Jahrhundertzeugin“, wie die Deutsche Welle eine Sendung aus Anlass einer ihr gewidmeten Ausstellung im Jüdischen Museum in Kapstadt im Jahr 2019 betitelte.

Wir wünschen ihr noch viele glückliche und produktive Jahre bei guter Gesundheit.

Hans-Werner Bussmann

Interview mit der deutschen Generalkonsulin in Kapstadt, Frau Tanja Werheit

Mit diesem (schriftlichen) Interview möchten wir Ihnen einen Eindruck von den vielfältigen Aufgaben der Generalkonsulin und ihrer Mitarbeiter vermitteln. Im Amtsbezirk des Generalkonsulats in Kapstadt gibt es mit Nicholas Stucken noch einen Honorarkonsul in Port Elizabeth/Nelson Mandela Bay. Er hat vornehmlich Repräsentationsaufgaben in Vertretung des Botschafters bzw. der Generalkonsulin sowie Dienstleistungsaufgaben für Deutsche (z.B. standesamtähnliche Funktionen wie bei Geburten und Sterbefällen oder die Bearbeitung von Passanträgen) und Nichtdeutsche (z.B. bei der Annahme von Visumsanträgen).

1. Was sind Ihre gegenwärtigen Aufgabenschwerpunkte als Generalkonsulin?

Das Generalkonsulat der Bundesrepublik Deutschland in Kapstadt fördert die Beziehungen zu den Provinzen Eastern Cape, Northern Cape und Western Cape insbesondere in den Bereichen Rechts- und Konsularwesen sowie Wirtschaft, Kultur und Kommunikation. Wir erfüllen diese Aufgaben mithilfe eines großen Netzwerkes staatlicher und nichtstaatlicher Institutionen und gemeinsam mit vielen Menschen, die sich für die Partnerschaft zwischen Deutschland und Südafrika engagieren.

Generalkonsulin Werheit bei der Eröffnung eines deutschen Unternehmens im Ostkap



Die Beziehungen zwischen Deutschland und den Kap-Provinzen sind eng und vertrauensvoll, auf allen Ebenen: Neben der nationalen

DeSaFor – Newsletter Juli 2023

Ebene gibt es lebendige Regionalpartnerschaften zwischen dem Westkap und Bayern sowie zwischen dem Ostkap und Niedersachsen. Daneben gibt es eine Reihe von Partnerschaften der Städte und Gemeinden. Die jüngste Partnerschaft zu den Themen Erneuerbare Energien und Nachhaltigkeit wurde zwischen Hamburg und Kapstadt vereinbart.

Seitens des Generalkonsulats unterstützen wir diesen Austausch: Mit unserer Berichterstattung zu den politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen in unserem Amtsbezirk sowie natürlich mit der inhaltlichen und zum Teil auch logistischen Besuchsvorbereitung von politischen Delegationen der Bundes-, Länder- und Gemeindeebene aus Deutschland. Wir sind froh, dass der Besuchverkehr und damit auch der persönliche Austausch zwischen unseren beiden Ländern nach dem Wegfall der pandemiebedingten Reisebeschränkungen wieder zunehmen.

Zu unserem Alltagsgeschäft gehören insbesondere Rechts- und Konsularangelegenheiten – ein Bereich, in dem der Arbeitsanfall post-pandemisch wieder deutlich zugenommen hat. Wir gewähren deutschen Bürgerinnen und Bürgern Rat und Beistand in Not-situationen. Außerdem erfüllen wir auch Aufgaben aus dem Spektrum deutscher Standesämter, Ausländer- und Passbehörden.

So nehmen wir zum Beispiel Geburtsanzeigen von in Südafrika geborenen deutschen Kindern auf und leiten diese an die zuständigen Standesämter in Deutschland weiter. Die Kinder erhalten dann eine deutsche Geburtsurkunde, welche ihnen später die Beantragung von deutschen Reisepässen und anderen Verwaltungsdienstleistungen deutlich erleichtert.

Ebenso leisten wir konsularische Nothilfe, sei es beim Verlust von Identitätspapieren oder bei der Versorgung mit Lagebeurteilungen und Empfehlungen in Krisenlagen.

Ein weiterer Arbeitsschwerpunkt ist die kulturelle Zusammenarbeit: In Kapstadt gibt es eine Deutsche Internationale Schule mit über 970 Schüler:innen. Hinzu kommen weitere Schulen, an denen Deutsch als Fremdsprache unterrichtet wird und die zum Netz-

werk der sogenannten PASCH-Schulen zählen. (Anmerkung des Verfassers: „PASCH“ steht für „Schulen – Partner der Zukunft“. Die beteiligten Schulen setzen sich im besonderen Maß für Deutsch als Fremdsprache und die Vermittlung deutscher Kultur ein und erhalten in gewissem Umfang eine besondere Förderung.) Spracharbeit wird vor Ort auch über das Goethezentrum in Kapstadt geleistet.

Im Bereich der Zusammenarbeit mit Universitäten verfügen wir über ein enges Netzwerk über den Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD), der an drei Universitäten im Westkap jeweils mit Lektoraten vertreten ist.

Im Bereich der Außenwirtschaftsförderung arbeiten wir eng mit dem hiesigen Büro der deutschen Außenhandelskammer (AHK) für das südliche Afrika zusammen: 120 deutsche Unternehmen sind allein im Westkap tätig!

Mit unserem Kleinstprojektfonds unterstützen wir zivilgesellschaftliches Engagement in der Region – mehr dazu siehe weiter unten. Wer mehr über unsere tägliche Arbeit wissen will, kann uns gerne unter [@GermanyCapetown](#) auf Twitter folgen.

2. Wie sehen Sie die politische Entwicklung im Westkap im Vergleich zum Ostkap?

Das Westkap nimmt in vielerlei Hinsicht eine Sonderrolle ein. Als einzige von den neun südafrikanischen Provinzen wird es mit absoluter Mehrheit von der Democratic Alliance (DA) regiert, die auf nationaler Ebene die größte Oppositionspartei ist. Auch in der Stadt Kapstadt regiert die DA mit absoluter Mehrheit. In einigen Bereichen versuchen Provinz und Stadt seit einiger Zeit, ihre nur eingeschränkten Zuständigkeiten zu erweitern.

Bei den Erneuerbaren Energien, beim öffentlichen Personennahverkehr und bei der inneren Sicherheit sowie Polizeiarbeit bemühen sich insoweit Stadt und Provinz um mehr „service delivery“ für ihre Bürger:innen und dehnen dabei ihren Zuständigkeitsbereich bisweilen auch aus. Zur Linderung der Energiekrise hat Kapstadt mehrere Projekte der Stromerzeugung und -speicherung aus Erneuerbaren Energien ausgeschrieben,

um sie in das stadtteigene Netz einzuspeichern. Die Provinz arbeitet ebenfalls intensiv daran, die Folgen der häufigen Stromabschaltungen abzufedern.

Beim öffentlichen Personennahverkehr bemüht sich die Stadt mit Unterstützung der Provinz um Übernahme des bisher in nationaler Zuständigkeit liegenden lokalen Bahnverkehrs. Damit soll den Hunderttausenden Pendler:innen der häufig lange und mit unsicheren Sammeltransporten zurückgelegte Weg zur Arbeit erleichtert werden.

Bei der inneren Sicherheit bauen Stadt und Provinz mehrere eigene Polizei-Einheiten auf. Ziel ist die Verbesserung der Versorgung ihrer Bevölkerung und damit die Schaffung von Wirtschaftswachstum.

3. Das Westkap erfreut sich großer Beliebtheit bei Südafrikaner:innen aus Gauteng und dem Ostkap. Was sind die Gründe für die Binnenmigration?

Das Westkap und insbesondere der Großraum Kapstadt erfreuen sich in der Tat großer Beliebtheit bei Zuwandernden.

Jährlich verzeichnet die Provinz eine Netto-Zuwanderung von rund 100 000 Menschen aus dem In- und Ausland. Bis 2029 wird ein Anstieg der Bevölkerung auf 8 Millionen (derzeit 7,2) erwartet, ein Jahr früher als noch vor wenigen Jahren prognostiziert. Diese Zuwanderung ist einerseits willkommen, weil sie im Idealfall durch Unternehmensinvestitionen Arbeitsplätze schafft, den Konsum fördert und damit auch Wirtschaftswachstum generiert. Gleichzeitig erhöht sie den Druck auf die „service delivery“ von Provinzen, Städten und Gemeinden. Transport-, Energie- und Wasserinfrastruktur müssen ebenso angepasst werden an den wachsenden Bedarf, wie Gesundheitsversorgung, Betreuungs- und Bildungsangebote. Auch im Bereich innere Sicherheit muss es Anpassungen geben.

Und: Neben gut ausgebildeten Zuwandernden gibt es auch Armutsmigration, insbesondere aus den wirtschaftlich nicht so prosperierenden Nachbarprovinzen und -ländern. In der Folge wachsen nicht nur die Kapstädter Townships, sondern auch die

DeSaFor – Newsletter Juli 2023

zahlreichen bereits vorhandenen Obdachlosen-Siedlungen in den Innenstadtbereichen weiter.

Eine Räumung dieser Siedlungen ist nur in engen gesetzlichen Grenzen möglich und nur dann, wenn von Seiten der Stadtverwaltung alternativer, menschenwürdiger Wohnraum bereitgestellt werden kann.

4. Welche Folgen haben die täglich viestündigen Stromabschaltungen („load shedding“) für die Menschen, die Wirtschaft und die Dienstleistungen?

Die Elektrizitätskrise mit häufigen und länger anhaltenden Stromabschaltungen beeinträchtigt das Leben aller Bürger:innen in drastischem Maße. 2023 gab es bisher nur zwei Tage ohne Stromabschaltungen.

Mit diesem „load shedding“ versucht der staatliche Energiekonzern, die Lasten höherer Nachfrage abzufedern und einen kompletten Blackout des maroden Stromnetzes zu verhindern. Derzeit liegt die Nachfrage nach Strom regelmäßig um 5.000 bis 6.000 Megawatt höher als die tatsächlich produzierte Energie. Das bedeutet 10 bis 12 Stunden Stromabschaltungen pro Tag. Die wirtschaftlichen Kosten sind enorm, denn Fabriken, Betriebe, Geschäfte und Behörden können nicht arbeiten. Der neue Elektrizitätsminister gab kürzlich an, dass im letzten Jahr landesweit mehr als 650.000 Arbeitsplätze durch die Stromabschaltungen vernichtet wurden. Allein für das Westkap rechnet der Premierminister vor, dass 2022 ein wirtschaftlicher Schaden in Höhe von 8,2 Mrd. Rand entstanden ist. Dieser dürfte im laufenden Jahr noch größer sein. Während kurzfristig im derzeitigen hiesigen Winter eher mit einer weiteren Verschlechterung der Lage gerechnet werden muss, lässt sich mittel- und langfristig durchaus auf eine Verbesserung hoffen:

Hier im Westkap wurde ein Energierat einberufen, der direkt dem Premierminister unterstellt ist. Provinz und Gemeinden werden in den nächsten drei Jahren fast 8 Mrd. Rand in den Ausbau und die Netzanbindung von Erneuerbaren Energien investieren.

Als einer der internationalen Partner der südafrikanischen „Just Energy Transition“ sowie mit unserer bilateralen deutsch-süd-

afrikanischen Energiepartnerschaft unterstützt Deutschland Südafrika auf dem Weg zu einer grünen gerechten Energiewende.



Generalkonsulin T. Werheit (2. von links) bei einem Musikprojekt in Genadendal

5. Wie schätzen Sie zivilgesellschaftliche Entwicklungsprojekte mit deutschem Hintergrund wie z.B. „iThemba Labantu“, „Vulamasango“, „Hope and Light“ in Sir Laurie’s Pass?

Es beeindruckt mich immer wieder, wie viel großes zivilgesellschaftliches Engagement, auch aus Deutschland, es hier gibt.

Insbesondere in den Townships rund um Kapstadt werden so auch zentrale Dienstleistungen sichergestellt und die Lebensqualität der Menschen vor Ort verbessert: Das von der deutschen Entwicklungszusammenarbeit gemeinsam mit der Stadt Kapstadt und dem Township Khayelitsha ins Leben gerufene Projekt „Violence Prevention through Urban Upgrading (VPUU)“ schafft sichere Orte in mittlerweile 18 früheren Brennpunkt-Vierteln.

Frühkindliche Bildung, Lese- und Freizeitclubs, Sport, Gartenarbeit, Recycling – unterschiedliche Einzelprojekte werden zu einem gesamtheitlichen Ansatz. Um Sportmöglichkeiten und schulische Betreuung geht es bei iThemba Labantu in Philippi.

Die Hope-Stiftung in Delft und Blikkiesdorp leistet seit über 20 Jahren Pionierarbeit bei der Betreuung und Behandlung von HIV-Aids-Patienten. Sie verfolgt mittlerweile einen breiteren Ansatz und kümmert sich neben der Gesundheitsversorgung auch um frühkindliche Bildung und Betreuung sowie um Freizeitangebote und berufliche Bildung für Jugendliche. Auch das vom Verein Lebenslinien geförderte Vorschulzentrum „Eagles Nest“ in Grabouw ist ein Projekt mit

Vorbildcharakter. „Young Bafana“ und „Play Handball“ sind erfolgreiche Sportprojekte, die Kindern neben der Mannschaftssportförderung auch schulische Nachhilfe und gesunde Ernährung bieten.

All diese Projekte – und viele weitere mehr – stehen exemplarisch für außergewöhnliches Engagement, das die Lebensbedingungen der örtlichen Bevölkerung verbessert. Wenn es zudem gelingt, „ownership“ der örtlichen Bevölkerung zu erreichen, ist viel gewonnen für eine dauerhafte Verbesserung der Lebensqualität.

Darüber hinaus ist es beeindruckend zu sehen, was die Bewohner:innen der Townships selbst mit Entrepreneurgeist und dem Willen, das Leben vor Ort für alle Bewohner:innen besser und sicherer zu machen, auf die Beine gestellt haben: Da ist DJ Fostas „Bridges for Music“ in Langa – ein Musikprojekt, das jungen Leuten die Chance bietet, professionell als DJ oder Musikmanager zu arbeiten. Da gibt es Mzikhonas „Langa Bicycle Hub“, wo Kinder, junge Männer und vor allem Frauen die Möglichkeit haben, Fahrrad fahren zu lernen und so eine umweltfreundliche und kostengünstige Fortbewegungsform erlernen. Und da ist Sindiles „Khaltsha Cycles“ in Khayelitsha, der einen Fahrrad- und Kaffeeladen betreibt und Arbeitsplätze schafft.

Mit unserem Kleinstprojektfonds versuchen wir, solche und andere Projekte nach Kräften zu unterstützen.

6. Führen die zunehmenden Probleme in Südafrika dazu, dass Deutsche, die am Kap leben, nach Deutschland zurückkehren?

Vor allem die Corona-Pandemie und die damit verbundenen Reise-Einschränkungen haben dazu geführt, dass der Besucher:innenverkehr zwischen Deutschland und Südafrika eingebrochen ist.

Nach dem Wegfall der Reiserestriktionen hat sich aber wieder gezeigt, dass die Anziehungskraft Südafrikas und der Kap-Region im Besonderen unverändert groß ist: Die gerade zu Ende gegangene Tourismussaison war wieder sehr erfolgreich; überall in Kapstadt und Umgebung hörte man viel Deutsch. Wir haben bisher keine Anzeichen oder statistische Daten, dass Deutsche in großer Zahl das Land verlassen.

DeSaFor – Newsletter Juli 2023

Licht am Ende des Tunnels?

Auch in Südafrika ist der Stromverbrauch im Winter stets am höchsten: die Tage sind kurz, die Zeiten notwendiger Beleuchtung im öffentlichen und privaten Raum besonders lang, viele Haushalte heizen elektrisch. Umso größer war die Sorge der Bürger und der Wirtschaft, dass dies in diesem Jahr zu noch längeren Stromabschaltungen („load-shedding“) führen würde, als sie in den letzten Monaten ohnehin hingenommen werden mussten. In der Regel waren das im Schnitt 8 bis 10 Stunden am Tag.

Die südafrikanische Regierung erklärt jetzt, dass sich die Lage zu entspannen beginne, weil:

- der Spitzenbedarf bei weniger als 29.000 MW pro Tag statt der erwarteten mehr als 30.000 MW pro Tag liegen werde (was aber auch auf die sinkende Industrieproduktion zurückgeführt werden kann)
- die Windenergie deutlich mehr Strom liefere als prognostiziert
- die Nutzung von Dieselkraftwerken um 20 % gesteigert werden könne, was eine Entlastung von zwei Stufen auf der „Load-shedding-Skala“ bedeute (zugleich jedoch den Importbedarf an vergleichsweise teurem Diesel entsprechend erhöht).

Die Anhebung der Obergrenzen für private Stromerzeugung im August 2021 sowie die gänzliche Aufhebung ein Jahr später habe zu einem massiven Anstieg der privaten Stromproduktion geführt, die weit über den Erwartungen liege (2021: 134 MW, 2022: 1.164 MW, I. Quartal 2023: 2.427 MW). In den nächsten Jahren würden weitere 40 GW Solar- und Windenergie hinzukommen.

Ferner würden die Behinderung des Ausbaus privater Stromerzeugung durch deutliche Straffung der Genehmigungsverfahren bzw. der völligen Abschaffung der Prüfung von Umweltbelastungen in Gegenden mit geringem oder mittlerem Schutzbedarf weiter reduziert.

Für strategische Projekte der Industrie sollen Genehmigungen künftig in 57 Tagen (statt 90 Tagen und mehr) vorliegen, die Zeit für den Anschluss von Stromerzeugern von erneuerbarer Energie an das nationale Netz soll von sechs auf vier Monate reduziert werden.

Solche amtlichen Ankündigungen sind selbstverständlich mit einer gewissen Vorsicht zu behandeln. Rückfragen bei privaten Kontakten in Johannesburg und Kapstadt haben jedoch bestätigt, dass die Dauer der Stromabschaltungen tatsächlich signifikant zurückgegangen ist und eindeutig unter den ursprünglichen Prognosen ebenso wie unter den persönlichen Befürchtungen liege. Sie betrage zumindest in Teilen Kapstadts und Johannesburgs jetzt etwa nur noch 2 bis 4 statt 6 bis 10 Stunden pro Tag wie noch vor 2 Monaten.

Hans-Werner Bussmann

Neutrale afrikanische Friedensmission?

Eine Delegation von afrikanischen Präsidenten: aus Sambia, den Komoren (derzeit AU-Präsidentschaft), Congo Brazzaville und dem Senegal unter der Leitung von Cyril Ramaphosa hat am 15.06.2023 Warschau, am 16.06.2023 Kiew und am 17.06.2023 Moskau mit dem Ziel besucht, im Ukraine-Krieg den Friedensprozess als „ungebundene Länder“ zu fördern. (Anmerkung: Der im Kalten Krieg genutzte Begriff „Blockfreie“ passt m.E. für die heutige Situation nicht. Es handelt sich um eine deutlich kleinere Gruppe von Staaten, die zumindest derzeit nicht im selben Umfang wie die „Blockfreie-Bewegung“ organisiert ist, wobei in unserer pluralen Welt einzelne „Unabhängige“ tendenziell einzelnen „Blöcken“ bzw. Großmächten zuneigen.) In der Presseerklärung

des südafrikanischen Präsidialamts dazu wurde u.a. darauf hingewiesen, dass die „negativen Folgen und Spannungen des ... Konflikts ... sich auf uns alle in einer miteinander verflochtenen Welt auswirken“.

In die (im Einzelnen nicht genannten) verschiedenen Friedensinitiativen würde mit dem Besuch die afrikanische Perspektive und ein Appell eingebracht, auf den eskalierenden Konflikt mit beschleunigter Suche nach Frieden zu antworten. Die Außenminister würden im weiteren Verlauf eine „road-map“ zum Frieden erarbeiten.

Hinter den Kulissen dürfte es bei dieser Reise jedoch eigentlich darum gegangen sein, dass die meisten afrikanischen Staaten unter den deutlich verringerten Getreide- und Düngemittellieferungen der beiden Kriegsparteien leiden. In manchen afrikanischen Ländern verdoppelte sich der Düngereis, so dass viele Bauern auf dessen Einsatz mit weitreichenden Folgen für die Menge verzichten mussten. Das bedeutete deutlich geringere landwirtschaftliche Erträge und Einschränkungen in der Nahrungsmittelversorgung. Die anstehende Verlängerung des von Putin immer wieder in Frage gestellten sog. „Getreideabkommens“ dürfte daher vermutlich eine zentrale Rolle gespielt haben.

Da die beiden Kriegsparteien auf ihren bekannten Maximalpositionen beharren (Russland jüngst: mindestens müssen die Gebietseroberungen auf der Krim und im Südosten der Ukraine als russisches Staatsgebiet anerkannt werden; Ukraine: Friedensverhandlungen erst, wenn die russischen Streitkräfte das ukrainische Staatsgebiet verlassen haben) war von vornherein klar, dass die Mission wenig zur tatsächlichen Förderung des Friedens beitragen konnte.

Sie bot jedoch Putin die Bühne für die Unterstreichung der guten russischen Beziehungen zu Afrika, das in den VN die russische Aggression nur zum geringeren Teil verurteilt bzw. sich der Stimme enthalten hatte.

DeSaFor – Newsletter Juli 2023

Das hinderte ihn jedoch nicht, die Ansprache des südafrikanischen Präsidenten zu unterbrechen, um seine Sicht der Dinge darzulegen. Bei den protokollempfindlichen afrikanischen Besuchern sicher ein Signal, das sie so schnell nicht vergessen werden.

Positiv ist zu dem Besuch zu vermerken, dass die Delegation auf Drängen der ukrainischen Seite Butscha und einen anderen schwer betroffenen Vorort von Kiew besuchte und sich erschüttert gezeigt haben soll. Außerdem habe Cyril Ramaphosa in Moskau von Krieg gesprochen, was Putin wenig gefallen haben dürfte.

Ein Aspekt, der sich in der Berichterstattung in Europa bisher nur wenig niedergeschlagen hat, wirft ein besonderes Licht auf die Rolle Südafrikas: Polen hatte ein nicht von Ramaphosa selbst genutztes Charter-Flugzeug festgehalten, in dem u.a. südafrikanische Medienvertreter saßen, weil es neben

einer ungewöhnlich hohen Zahl an Sicherheitspersonal auch nicht-deklarierte Kisten mit Scharfschützengewehren enthielt, die nicht zum üblichen Personenschutz von Präsidenten gehören. Der Leiter des Personenschutzes soll die Sistierung daraufhin als „polnischen Rassismus und Sabotage“ bezeichnet haben. Diese Waffen könnten in Zusammenhang damit stehen, dass es zahlreiche Indizien dafür gibt, dass der dem ANC nahestehende Waffenproduzent und -händler Ivor Ichikowitz und der im gleichen Milieu aktive Jean-Yves Ollivier die Friedensmission wenn nicht angestoßen, so doch sehr aktiv befördert haben sollen (Ollivier soll die zur Delegation gehörenden Präsidenten als persönliche Freunde bezeichnet haben).

Nachdem es schon im Dezember 2022 Spekulationen darüber gab, dass ein russisches Frachtschiff im südafrikanischen Kriegshafen Simon's Town Waffen geladen hatte, die

aus der Produktion der Ichikowitz gehörenden Paramount-Gruppe stammen könnten, werfen diese Beobachtungen die Frage auf, wie neutral Südafrika in dem Konflikt wirklich ist. Präsident C. Ramaphosa sah sich inzwischen veranlasst, eine Untersuchungskommission einzusetzen.

Ein weiterer entsprechender Test wird die Behandlung von Präsident Putin beim BRICS-Gipfel vom 22. bis 24. August 2023 in Johannesburg sein:

Wird er eingeladen, erhält er eine Immunitätszusicherung (was im Widerspruch zu den Pflichten aus dem Römischen Statut stünde, auf dessen Basis der Internationale Strafgerichtshof einen Haftbefehl gegen Putin erließ), lässt er sich vertreten, oder wird der Gipfel vom Gastgeber Südafrika in ein anderes Land verlegt, das sich nicht dem Statut unterworfen hat?

Hans-Werner Bussmann

Impressum:

Redaktion: DeSaFor-Vorstand
Deutsch-Südafrikanisches Forum e.V.

Die Artikel sind von den jeweiligen Autoren zu verantworten.

V.i.S.d.P.: Hans-Werner Bussmann